Landtagskandidaten auf dem Podium:

Klare Mehrheit gegen Urlas-Pläne

Der geplante Ausbau des Ansbacher Urlas-Areals zu einer geschlossenen US-Wohnsiedlung bewegt weiter die Gemüter: Im Rahmen einer politischen Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative „Etz langt's" sprachen sich bis auf Rainer Erdel (FDP) alle anwesenden Landtagskandidaten sowie SPD-Kreisvorsitzender Bernhard Meyer gegen das Vorhaben aus.

„Angst vor noch mehr Militär" am US-Standort verbindet Renate Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) mit der Realisierung der Pläne, die auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz die Errichtung von bis zu 500 Häusern und der dazugehörigen Infrastruktur vorsehen. Eine in sich geschlossene Siedlung - mehrfach wurde von den Teilnehmern das Wort „Ghetto" verwendet - verhindere die Integration von US-Bürgern in die Gesellschaft. Beim Bau einer Wohnsiedlung werde am Urlas „wertvolles Gebiet" der heimischen Flora und Fauna zerstört, so Ackermann, die anstelle der Armee-Erweiterung die Ansiedlung eines „Center-Parks" vorschlug.

Positive Impulse für die regionale Wirtschaft verspricht sich Rainer Erdel (FDP) von den Ausbauplänen auf dem Urlas, die Investitionen von über 100 Millionen Euro mit sich brächten. Zudem würden in den Einrichtungen der Armee zivile Arbeitplätze erhalten und mittelfristig ausgebaut. Die Notwendigkeit für ein klar abgegrenztes Wohnareal sah Erdel auch im „veränderten Sicherheitsbedürfnis" der Amerikaner nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und in Afghanistan. US-Soldaten und ihre Familien, die derzeit zum Teil in Mietwohnungen im Landkreis wohnten, fühlten sich innerhalb einer geschlossenen Siedlung wesentlich sicherer.

Damit rief Erdel unter anderem den SPD-Kreisvorsitzenden Bernhard Meyer auf den Plan, der für die zeitlich verhinderte Sozialdemokratin Helga Koch auf dem Podium mitdiskutierte. Wenn auf dem Urlas mehrere hundert Appartements gebaut würden, führe dies in der Umgebung zu einem Leerstand von Mietwohnungen. Aufgrund der komplett vorhandenen Infrastruktur am Urlas und der „hohen Kosten", die der Steuerzahler für den Bau von Häusern und Umgehungsstraße zu tragen habe, sieht Meyer eher Belastungen als Vorteile auf die Wirtschaft zukommen. Von der Dringlichkeit her gäbe es derzeit „wichtigere Projekte" für Verkehrsmaßnahmen, wie etwa in Lehrberg oder beim Ausbau der A6. Meyer konnte jedoch nicht versichern, dass Helga Koch seine Meinung zum Urlas-Ausbau teilt. Abgesagt hatte seine Teilnahme an der Debatte auch der CSU-Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Breitschwert.

Moderierte die Podiumsdebatte: WiB-Redaktionsleiter Bernd Höllein.

Auch die Zuhörer diskutierten eifrig mit. *Fotos: Treffer*

Negative Auswirkungen für Umwelt und Bevölkerung erwartet Dr. Peter Bauer (Freie Wähler) im Zuge einer Erweiterung des US-Standorts. Als Sachsener Bürger sei er direkt vom Fluglärm der amerikanischen Hubschrauber betroffen, der mit einem Ausbau zunehmen werde. Der „Kerosin-Regen" der Helikopter verunreinige das Grundwasser auf privaten und landwirtschaftlichen Grundstücken.

Eine „bessere Informationspolitik" hätte sich Hartmut Malecha (ÖDP) gewünscht. Die Öffentlichkeit sei letztlich „vor vollendete Tatsachen gestellt worden". In wirtschaftlicher Hinsicht verspricht sich Malecha nur geringe positive Effekte für Ansbach und Umgebung. Kerstin Kernstock-Jeremias (Die Linke) sieht ihre ablehnende Haltung zum Urlas-Ausbau vor allem in „moralischen Aspekten" begründet. Kein Arbeitsplatz rechtfertige Kriege wie im Irak. Durch den Bau eines Gesundheitszentrums im US-Wohngebiet verlören deutsche Ärzte und Kliniken amerikanische Kunden. *C. Treffer*

Kerstin Kernstock-Jeremias (Die Linke).

Rainer Erdel (FDP).

Dr. Peter Bauer (Freie Wähler).

Bernhard Meyer (SPD).

Renate Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen).

Hartmut Malecha (ÖDP).